



## **ANLAGE 1.**

### **VERGABE DER KONZESSION FÜR DEN BAU UND DIE BEWIRTSCHAFTUNG EINER TIEFGARAGE AM SIEGESPLATZ UND DIE NEUGESTALTUNG DER PLATZOBERFLÄCHE**

### **VORGABE DER MINDESTBEDINGUNGEN UND DER ENTSPRECHENDEN VERTRAGSKLAUSELN FÜR DEN ABZUSCHLIEßENDEN KONZESSIONSVERTRAG**

#### **ZWEISTUFIGES VERGABEVERFAHREN**

**(Art. 62 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. und Art. 2 Abs. 5 des LG  
Nr. 16/2015 i.g.F.)**

<b>Vertragsabschlussbeschluss des Gemeindeausschusses</b>	<b><i>NR. 779 VOM 21.12.2020</i></b>
<b>Überprüfungsprotokoll vom</b>	<b><i>20.10.2020</i></b>
<b>Einheitlicher Projektcode (CUP)</b>	<b><i>I53J19000030007</i></b>
<b>Erkennungscode der Ausschreibung (CIG)</b>	<b><i>8471388A85</i></b>
<b>Einheitlicher Eingriffscode (CUI)</b>	<b><i>L00389240219201900029</i></b>

## **INDICE**

Art.	1. GEGENSTAND DER KONZESSION
Art.	2. RECHTSGRUNDLAGEN
Art.	3. LAUFZEIT DER KONZESSION
Art.	4. BESCHREIBUNG DER BAUARBEITEN
Art.	5. INVESTITIONSKOSTEN UND TECHNISCHE AUSGABEN
Art.	6. UMFANG DER ÖFFENTLICHEN FINANZIERUNG
Art.	7. BAULEITUNG
Art.	8. ÜBERWACHUNG UND OBERAUFSICHT
Art.	9. ABNAHME
Art.	10. UNTERVERGABE
Art.	11. ZAHLUNGSLEISTUNG
Art.	12. BAUZEIT
Art.	13. VERTRAGSSTRAFEN
Art.	14. ENDGÜLTIGE SICHERHEITEN UND VERSICHERUNGSPOLICEN
Art.	15. ÖFFNUNGSZEITEN
Art.	16. PARKGEBÜHREN
Art.	17. ANPASSUNG DER PARKGEBÜHREN
Art.	18. INSTANDHALTUNGSPFLICHTEN
Art.	19. UNTERFLURRECHT
Art.	20. REVENUE SHARING
Art.	21. RISIKOMATRIX
Art.	22. GLEICHGEWICHT UND ADJUSTIERUNG DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZIERUNGSPLANES
Art.	23. VERTRAULICHKEIT
Art.	24. AUFHEBUNG WEGEN DES VERHALTENS ODER WEGEN NICHTERFÜLLUNG VON SEITEN DES KONZESSIONSINHABERS
Art.	25. AUFHEBUNG WEGEN NICHTERFÜLLUNG VON SEITEN DES KONZESSIONSGEBERS
Art.	26. GERICHTSSTAND
Art.	27. DOMIZIL DER PARTEIEN
Art.	28. VERTRAGSKOSTEN

## **PRÄMBEL**

Das vorliegende Dokument ist wesentlicher Bestandteil der Wettbewerbsunterlagen für das vorgenannte Vergabeverfahren. Es enthält die *„Vorgaben der Mindestbedingungen und der entsprechenden Vertragsklauseln“* für das Verhandlungsverfahren im Sinne von Art. 62 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. und von Art. 2 Absatz 5 des LG Nr. 16/2015 i.g.F. und damit die Mindestkriterien für die Teilnahme am gegenständlichen Verfahren und für die Ausarbeitung des Vereinbarungsentwurfs, der Risikomatrix und des Wirtschafts- und Finanzierungsplans.

Mit der Vorlage des Angebots gelten die *„Mindestbedingungen und die entsprechenden Vertragsklauseln“* als angenommen.

### **Art.1**

## **GEGENSTAND DER KONZESSION**

Gegenstand des Verhandlungsverfahrens ist die Vergabe der Konzession für den Bau und die Bewirtschaftung einer Tiefgarage am Siegesplatz und die Neugestaltung der Platzoberfläche.

Gegenstand der Konzession ist der Bau einer Tiefgarage, die sich über 6 [*sechs*] Geschosse entwickelt. Auf den 3 [*drei*] oberen Geschossen werden öffentliche Rotationsparkplätze, auf den 3 [*drei*] unteren Geschossen private Parkflächen nach Maßgabe von Art. 16 und 19 dieses Dokuments entstehen.

### **Art. 2**

## **RECHTSGRUNDLAGEN**

Rechtsgrundlagen für die Bau- und Bewirtschaftungskonzession sind:

- L.G. 17. Dezember 2015, Nr. 16 i.g.F. - *„Bestimmungen über die öffentliche Auftragsvergabe“*;
- Gv.D. 18. April 2016, Nr. 50 i.g.F. - *„Gesetzbuch über öffentliche Aufträge“*;
- D.P.R. 5. Oktober 2010, Nr. 207 i.g.F. - *Durchführungsverordnung zum gesetzesvertretenden Dekret vom 12. April 2006, Nr. 163 - Gesetzbuch über öffentliche Bau-, Dienstleistungs- und Lieferaufträge i.g.F.*
- M.D. 7. März 2018, Nr. 49 - *Verordnung über die Genehmigung der Leitlinien über die Wahrnehmung der Funktionen des Bauleiters und des Ausführungsleiters*;
- Gemeinderatsbeschluss 21. Dezember 2017, Nr. 94 i.g.F. - *„Gemeindeordnung über das Rechnungswesen“*;

- Gemeinderatsbeschluss 25. Januar 2018, Nr. 3 - *"Gemeindeordnung über das Vertragswesen"*;
- L.G. 22. Oktober 1993, Nr. 17 i.g.F. - *"Regelung des Verwaltungsverfahrens und des Rechts auf Zugang zu den Verwaltungsunterlagen"*;
- Gv.D. 9. April 2008, Nr. 81 i.g.F. - Einheitstext zur Arbeitssicherheit;
- Gesetz 24. März 1989, Nr. 122 i.g.F. - Bestimmungen zu den Parkplätzen, Dreijahresprogramm für besonders dicht besiedelte urbane Gebiete sowie Änderungen an einigen Normen des Einheitstexts zur Straßenverkehrsregelung;
- Gemeinderatsbeschluss 29. Januar 2015, Nr. 7 - *"Gemeindeordnung über die Gewährung des Oberflächenrechts an öffentlichen Grundstücken für den Bau von Tiefgaragen"*;
- L.G. 10. Juli 2018, Nr. 9 *"Raum und Landschaft"*

#### Art. 3

##### **LAUFZEIT DER KONZESSION**

Die maximale Laufzeit der Konzession beträgt 32 [zweiunddreißig] Jahre, einschließlich dem Bau und der Bewirtschaftung, gerechnet ab dem Tag des Vereinbarungsabschlusses.

Eine stillschweigende Verlängerung der Vereinbarung ist ausgeschlossen.

Bei Fälligkeit versteht sich das Vertragsverhältnis von Rechts wegen als aufgehoben, ohne dass dafür eine formale Vorankündigung erforderlich wäre.

Mit Blick auf die maximale Laufzeit der Konzession von 32 [zweiunddreißig] Jahren besteht die Möglichkeit, im Zuge der Verhandlungen ein besseres Angebot zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang wird auch auf Art. 12 dieses Dokuments verwiesen.

#### Art. 4

##### **BESCHREIBUNG DER BAUARBEITEN**

Gegenstand der Konzession ist der Bau und die Bewirtschaftung einer Tiefgarage am Siegesplatz sowie die Neugestaltung der Platzoberfläche.

Während der Bauphase sind – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – folgende Bauleistungen zu erbringen:

- Einrichtung der Hauptbaustellen für die erste Phase der Bauarbeiten im östlichen und westlichen Bereich des Platzes;
- Verlegung der interferierenden Infrastruktur, Einrichtung der ortsveränderlichen Baustellenbereiche und der Verkehrsumleitungen;
- Ausführung der Stahlbetonschlitzwand am Rand des neuen Parkplatzes, Einrichtung der neuen operativen Baustellenbereiche und Verlegung des

Verkehrs auf die Nord- und Südseite des Platzes in Richtung der Gehsteige in der Nähe der Gebäude;

- Allgemeiner Aushub in Top-Down-Bauweise mit Ausführung der drei Stahlbetondecken zur Aussteifung und der Zuganker in den Bereichen der nicht ausgesteiften Spiralrampen;
- Errichtung der Träger und des Stahlbetonfundaments, der Stützen und der beiden Abschlussplatten;
- Bau der Ein- und Ausfahrtsrampen und des Notausganges und Errichtung von Schott- und vernagelten Wänden zur Abstützung der Baugrube;
- Innenausbau: Einbau von Trennwänden zwischen den Bereichen und Boxen, von Epoxydharzböden, Porphyrböden und Fliesenböden, von Brandschutztüren und -toren, Stahlbetonanstrich, Putze und Böden;
- Einbau von mechanischen Anlagen sowie von Elektroanlagen und elektrischen Sonderanlagen;
- Abdichtung der Abschlussdecke mit Schutzbetonestrich und Gewichtsreduzierung durch Kunststofffertigteile;
- Pflasterung des Platzes mit den originalen Porphyrplatten, Verlegung auf Mörtelbett;
- Anbringung von Cortenstahl-Gittern, Asphaltierung der Straßenbereiche außerhalb des Platzes und Wiederherstellung der Verkehrsfähigkeit der Freiheitsstraße und der Cesare-Battisti-Straße.

Bei der Umsetzung hat sich der Konzessionsinhaber an das Ausführungsprojekt zu halten, das dieser Konzession zu Grunde liegt, sowie an die Vorgaben laut technischem Projektbericht, der die technischen Merkmale des Bauvorhabens und die Voraussetzungen für die Durchführung der Bauarbeiten enthält und den Wettbewerbsbedingungen als Anlage beiliegt.

#### Art. 5

#### **INVESTITIONSKOSTEN UND TECHNISCHE AUSGABEN**

Der Gesamtbetrag der Investition beläuft sich laut Ausführungsprojekt auf 14.236.425,28 € *[vierzehn Millionen zweihundertsechunddreißigtausend vierhundertfünfundzwanzig Komma achtundzwanzig]* ohne MwSt. Der Betrag enthält Sicherheitskosten in Höhe von 187.917,95 € *[einhundertsiebenundachtzigtausendneunhundertsebzehn Komma fünfundneunzig]*, die nicht dem Abschlag unterliegen.

Die technischen Kosten für die Bauleitung und die Sicherheitskoordinierung in der Ausführungsphase belaufen sich auf 500.000.= € *[fünfhunderttausend]* ohne MwSt. und/oder andere laut Gesetz zu entrichtende Steuern und Abgaben. Die

technischen Kosten wurden auf der Grundlage der veranschlagten Baukosten berechnet.

#### Art. 6

### **UMFANG DER ÖFFENTLICHEN FINANZIERUNG**

Die von der Stadtgemeinde Bozen gewährte öffentliche Finanzierung beläuft sich auf insgesamt 3.636.364.= € [*drei Millionen sechshundertsechsunddreißigtausenddreihundertvierundsechzig*] ohne MwSt.

Der Gegenwert für die Einräumung des Unterflurrechts beläuft sich auf 970.810,98.= € [*neunhundertsiebzigtausendachthundertzehn Komma achtundneunzig*] ohne Steuerleistungen, sofern geschuldet, und stellt eine Ergänzung zur Finanzierung laut Absatz 1 dar, da dieser vom Konzessionsinhaber nicht bezahlt werden muss, der nur für etwaige Steuern und Gebühren verantwortlich ist.

Die Höhe der öffentlichen Finanzierung ist unveränderlich und wird im Zuge der Verhandlungen weder nach oben noch nach unten angepasst.

#### Art. 7

### **BAULEITUNG**

Die Bauleitung obliegt dem Konzessionsinhaber. Die Arbeiten müssen unter der Leitung eines vom Konzessionsinhaber benannten befähigten Technikers durchgeführt werden. Der Name des Technikers muss dem Konzessionsgeber vor Beginn der Bauarbeiten mitgeteilt werden.

Der Konzessionsinhaber kann die Bauleitung vergeben und dabei nach dem *Intuitu Personae* oder in der von ihm für angebracht befundenen Art und Weise vorgehen, wobei der Konzessionsgeber der Beauftragung des vom Konzessionsinhaber bestimmten Bauleiters vorab zustimmen muss.

Der Bauleiter übernimmt die im M.D. Nr. 49 aus dem Jahr 2018 beschriebenen Aufgaben und Funktionen und erteilt die Anordnungen und Weisungen, die notwendig sind, um die bauliche Anlage fachgerecht und in Übereinstimmung mit den Planungs- und Vertragsunterlagen auszuführen. Darüber hinaus nimmt er die erforderlichen Kostenkontrollen im Zusammenhang mit der Bauausführung vor. Er führt diese Kontrolle anhand einer genauen, zeitnahen und den einschlägigen Gesetzesvorgaben entsprechenden Baustellenabrechnung durch, in der er die Kosten verursachenden Sachverhalte festhält und vermerkt.

Darüber hinaus ernennt der Konzessionsinhaber nach vorheriger Unterrichtung des Konzessionsgebers den Sicherheitskoordinator für die Ausführungsphase. Der Sicherheitskoordinator übernimmt die Aufgaben und Funktionen nach Art. 101 des

Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. und Gv.D. Nr. 81/2008 i.g.F. Der Konzessionsgeber muss der Beauftragung des vom Konzessionsinhaber benannten Sicherheitskoordinators vorab zustimmen.

#### Art. 8

### **ÜBERWACHUNG UND OBERAUFSICHT**

Die Oberaufsicht über die Bauphase obliegt dem Konzessionsgeber und wird von dessen Einzigem Verfahrensverantwortlichen gewährleistet. Der Name des Verfahrensverantwortlichen wird dem Konzessionsinhaber vorab mitgeteilt.

Der Verfahrensverantwortliche wacht über die Bauarbeiten und schafft die Bedingungen dafür, dass die Arbeiten sowohl mit Blick auf den veranschlagten Zeit- und Kostenrahmen, als auch mit Blick auf die qualitativen Anforderungen, die geplante Instandhaltung, die Sicherheit und die Gesundheit der Arbeitnehmer kongruent und nach den einschlägigen Gesetzesbestimmungen durchgeführt werden.

Im Einzelnen obliegen dem Verfahrensverantwortlichen folgende Aufgaben:

- Er stellt das Datum des tatsächlichen Baubeginns und jeden weiteren vereinbarten Termin während der Bauausführung fest.
- Er erstellt einen Kontrollplan, der auch nicht vorangekündigte Kontrollen vorsieht, und legt diesen dem Konzessionsgeber vor, damit dieser feststellen kann, ob der Konzessionsinhaber alle vom Konzessionsgeber gemachten Auflagen effektiv einhält.
- Er kontrolliert den Stand der Bauarbeiten und den Baufortschritt auch auf der Grundlage der vom Bauleiter bereitgestellten Belege und Informationen, um die Wahrung des Zeit- und Kostenrahmens, der Bauqualität und der Risikokontrolle zu gewährleisten.
- Er kontrolliert auch anhand von Baustellenbesuchen und Erhebungen, ob die Art der Bauausführung und der Leistungserbringung geeignet ist, die mit dem Bauprojekt angestrebten Ergebnisse zu erzielen.
- Er kontrolliert auch anhand von Baustellenbesuchen und Erhebungen, ob die in den Vertragsunterlagen enthaltenen technischen Vorgaben und Klauseln beachtet werden.
- Er teilt dem Konzessionsinhaber bei Bedarf mit, welche Weisungen er dem Bauleiter erteilen muss, um ordnungsgemäße Arbeitsabläufe sicherzustellen.
- Er unterbreitet dem Konzessionsgeber den Vorschlag zur Aufhebung der Vereinbarung.

- Er verhängt Vertragsstrafen im Falle eines Verzugs bei der Erbringung der Vertragspflichten nach kontradiktorischem Austausch mit dem Konzessionsinhaber.
- Er legt dem Konzessionsgeber nach Bauende einen Bericht vor, in dem er seinen Tätigkeiten darlegt und auf der Grundlage der durchgeführten Kontrollen, Baustellenbesuche und Erhebungen auf die Gesamtleistung des Konzessionsinhabers eingeht.

Um die in den vorangehenden Absätzen genannten Aufgaben wahrnehmen zu können, übernimmt der Verfahrensverantwortliche die Oberaufsicht nach Art. 9 des D.P.R. Nr. 207/2010.

Dementsprechend ist dem Verfahrensverantwortlichen jederzeit Zugang zur Baustelle sowie die Möglichkeit, den Arbeiten beizuwohnen und Kontrollen sowie Messungen durchzuführen, zu gewähren. Etwaige Beobachtungen und Einwände werden dem Konzessionsinhaber zur Kenntnis gebracht. Dieser muss in der Folge mit dem Konzessionsgeber geeigneten Lösungen vereinbaren.

Der Konzessionsinhaber lässt dem Einzigen Verfahrensverantwortlichen jede Unterstützung zukommen die er benötigt, um die Erfüllung der Vertragspflichten zu kontrollieren und dem Verfahrensverantwortlichen auf Nachfrage Erklärungen und Unterlagen bereitzustellen.

Während der Bewirtschaftungszeit überprüft der Verfahrensverantwortliche anhand eines spezifischen Kontrollplans die Einhaltung der Pflichten, die sich für den Konzessionsinhaber aus der Vereinbarung ergeben.

Im Besonderen erstellt der Verfahrensverantwortliche auf der Grundlage der beim Konzessionsinhaber angeforderten Daten einen halbjährlichen Bericht zum Stand der Tiefgaragenbewirtschaftung, der auch Angaben zu den Instandhaltungsmaßnahmen, zur Abtretung der Garagenboxen, zur Anzahl und Art der Stellplatzabonnements und zu den Einnahmen aus den Parkgebühren für die Rotationsstellplätze enthält.

#### Art. 9

#### **ABNAHME**

Der Konzessionsgeber setzt eine Kommission für die Abnahme während der Bauausführung und für die Endabnahme ein. Diese ist in Übereinstimmung mit Art. 216 des D.P.R. Nr. 207/2010 zu ernennen und besteht aus drei Mitgliedern, wobei einem der Mitglieder die statische Abnahme obliegt.

Die Abnahmekommission nimmt mit der zwecks laufender Überprüfung der ordnungsgemäßen Bauausführung für erforderlich befundenen Regelmäßigkeit Baustellenbesuche und etwaige Feststellungen vor. Die entsprechende



Niederschrift, die dem Einzigsten Verfahrensverantwortlichen spätestens 30 [dreißig] Tage nach dem jeweiligen Baustellenbesuch zu übermitteln ist, enthält Angaben auch zum Verlauf der Bauarbeiten und zur Einhaltung der Vertragsklauseln sowie weitere gegebenenfalls für notwendig befundene Anmerkungen und Empfehlungen. Das Abnahmeverfahren, das auch die Ausstellung der Abnahmebescheinigung und die Übermittlung der Unterlagen an die Stadtverwaltung beinhaltet, muss innerhalb von 6 [sechs] Monaten nach Bauende nach den Vorgaben in Artikel 102 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. und Art. 215 ff. des D.P.R. Nr. 207/2010 abgeschlossen sein. Nach Maßgabe von Art. 102 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. gilt die Abnahme 2 [zwei] Jahre nach Ausstellung der Abnahmebescheinigung auch dann als erteilt, wenn das formale Bestätigungsdokument zwei Monate nach Ablauf der besagten 2 [zwei] Jahre noch nicht eingegangen ist.

Die Kosten für das Honorar der Mitglieder der Abnahmekommission trägt der Konzessionsgeber. Das Honorar wird nach den anzuwendenden Gesetzesbestimmungen berechnet.

Der Konzessionsinhaber trägt die Kosten für die Unterstützung der Abnahmekommission während des Abnahmeverfahrens. Darunter fallen auch die Personalkosten und die Kosten der Geräte, die notwendig sind, um die Feststellungen, Erkundungen, Messungen, Proben und alle anderen Untersuchungen durchzuführen, die aus der Sicht der Abnahmekommission angebracht und notwendig sind, sowie die Kosten für die statische Abnahme, die Brandschutzabnahme und die Anlagenabnahme.

Sowohl die vorläufige als auch die endgültige Abnahmebescheinigung werden dem Konzessionsinhaber zur Annahme zugeschickt.

Der Konzessionsgeber verpflichtet sich, die Abnahmetätigkeiten mit größtmöglicher Sorgfalt, Effizienz und in einem angemessenen Zeitrahmen durchzuführen, damit die Phase der Bewirtschaftung im Interesse beider Parteien möglichst zeitnah beginnen kann.

#### Art. 10

### **UNTERVERGABE**

Der Konzessionsinhaber kann die Durchführung der Bauarbeiten und die Bewirtschaftung der Tiefgarage unter Berücksichtigung der Bedingungen nach Artikel 174 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. untervergeben.

Nicht als Drittunternehmen gelten nach Maßgabe von Artikel 174 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. Unternehmen, die sich für den Erhalt der Konzession zu einer Bietergemeinschaft oder einem Konsortium zusammengeschlossen haben, Unternehmen, die mit diesen verbunden sind, sowie die Mitglieder der

Projektgesellschaft, auch wenn der Eintritt nach Gründung der Projektgesellschaft erfolgt ist.

#### Art. 11

##### **ZAHLUNGSLEISTUNG**

Die Finanzierung nach Artikel 6 wird anteilig auf der Grundlage des Baufortschritts ausbezahlt. Die Zahlung erfolgt vierteljährlich nach Übergabe der Arbeiten und unabhängig vom Gegenwert des einzelnen Baufortschritts.

Der Baufortschritt, der den Angaben im Buchhaltungsregister entnommen wird, wird vom Bauleiter erstellt, um die Anzahlungen auszubezahlen. Der Bauleiter übermittelt die Baufortschritte an den Einzigen Verfahrensverantwortlichen. Dieser gibt die entsprechende Finanzierungsrate frei, nachdem er sich versichert hat, dass das ausführende Unternehmen die von ihm zu entrichtenden Beiträge ordnungsgemäß bezahlt hat.

Die Auszahlung der Finanzierung nach Artikel 6 erfolgt nach den Vorgaben dieses Artikels innerhalb von 30 [*dreißig*] Tagen nach Erlass des jeweiligen Baufortschritts.

#### Art. 12

##### **BAUZEIT**

Die maximal zulässige Bauzeit beträgt 750 [*siebenhundertfünfzig*] Tage, gerechnet ab dem Tag des Vereinbarungsabschlusses.

Mit Blick auf den Zeitplan und die maximal zulässige Bauzeit von 750 Tagen besteht die Möglichkeit, im Zuge der Verhandlungen ein für den Konzessionsgeber vorteilhafteres Angebot zu unterbreiten.

#### Art. 13

##### **VERTRAGSSTRAFEN**

Verzögert sich der laut Zeitplan anvisierte Abschluss der Bauarbeiten aus Gründen, die der Konzessionsinhaber zu vertreten hat, hat dieser für jeden Verzugstag eine Strafzahlung in Höhe von 1 [*einem*] Promille der veranschlagten Baukosten zu leisten.

Darüber hinaus führen eventuelle Verzögerungen in der Bauphase, die auf Gründe zurückzuführen sind, die der Konzessionsinhaber zu vertreten hat, automatisch zu einer Verkürzung der Dauer der Bewirtschaftung.

Grundsätzlich gilt, dass der Umfang der wegen Bauverzugs anfallenden Strafzahlungen in keinem Fall 10% [*zehn Prozent*] der Bausumme ohne MwSt. übersteigen darf.

Während der Bewirtschaftungszeit wird bei einer vom Konzessionsinhaber zu vertretenden Dienstunterbrechung eine Vertragsstrafe wegen Nichterbringung der Dienstleistung in Höhe von 1.000.= € [eintausend] für jeden Unterbrechungstag oder für jede Unterbrechung von mehr als vier Stunden pro Tag erhoben.

Mit Blick auf die Höhe der Strafzahlungen besteht die Möglichkeit, im Zuge der Verhandlungen ein für den Konzessionsgeber vorteilhafteres Angebot zu unterbreiten, zwecks Wahrung der Interessen des Konzessionsgebers.

#### Art. 14

### **ENDGÜLTIGE SICHERHEITEN UND VERSICHERUNGSPOLICEN**

Bei Abschluss der Konzessionsvereinbarung muss der Zuschlagsempfänger folgende Sicherheitsleistungen erbringen:

#### **1. Endgültige Sicherheitsleistung für die Erbringung der Bauleistung [Artikel 103 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F.].**

Der Zuschlagsempfänger muss eine endgültige Sicherheit im Umfang von 10% [zehn Prozent] der Gesamtinvestitionssumme vorlegen. Diese muss der Standardvorlage nach Artikel 103 Absatz 9 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. entsprechen und in der unter Artikel 93 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. beschriebenen Art und Weise erbracht werden sowie die dort angeführten Sonderklauseln und Ermäßigungen enthalten.

Wird keine endgültige Sicherheitsleistung vorgelegt, verfällt der Zuschlag und sofern im Zuge des Wettbewerbsverfahrens eine vorläufige Kautions verlangt wurde, wird diese vom Konzessionsgeber einbehalten. Anschließend wird der Zuschlag dem nächstplatzierten Bieter in der Rangliste erteilt.

Die Sicherheitsleistung deckt die Ausgaben bei Nichterfüllung oder nicht korrekter Erfüllung der vereinbarten Bauleistungen. Der Anspruch auf die Sicherheitsleistung verwirkt erst am Tag der Ausstellung der vorläufigen Abnahmebescheinigung.

Die Vergabestelle kann den Zuschlagsempfänger auffordern, die Sicherheitsleistung wieder vollumfänglich herzustellen, wenn diese ganz oder teilweise verwendet wurde. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach, wird der Betrag der Sicherheitsleistung durch eine Verrechnung mit den Summen, die dem Konzessionsinhaber geschuldet werden, wiederhergestellt.

Bei Bietergemeinschaften werden die endgültigen Sicherheitsleistungen und die Versicherungspolicen vom federführenden Unternehmen vorgelegt, das von den Mitgliedern unwiderruflich beauftragt wurde. Die gesamtschuldnerische Haftung der Mitgliedsunternehmen untereinander bleibt hiervon unberührt.

#### **2. Endgültige Sicherheitsleistung für die Bewirtschaftung der Tiefgarage [Artikel 185 Absatz 13 letzter Satz des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F.].**

Für die Bewirtschaftung der Tiefgarage muss der Zuschlagsempfänger eine endgültige Sicherheitleistung im Umfang von 10% [*zehn Prozent*] der gesamten jährlichen Betriebskosten vorlegen. Die Sicherheit ist in der unter Artikel 103 Absatz 9 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. genannten Form zu leisten. Sie ist ab dem ersten Tag der Bewirtschaftung zu erbringen und dient bei Nichterfüllung oder nicht ordnungsgemäßer Erfüllung der für die Bewirtschaftung der Tiefgarage geltenden Vertragspflichten als Absicherung der Strafzahlungen.

Wird diese Sicherheit nicht geleistet, kommt dies einer schwerwiegenden Nichterfüllung der Vertragspflichten gleich.

### **3. Versicherung von Schäden aufgrund der Bautätigkeit (CAR) und Haftpflichtversicherung gegenüber Dritten [Artikel 103 - Absatz 7 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F.].**

Der Konzessionsinhaber hat eine entsprechende Versicherungspolice vorzulegen, wobei die Versicherungssumme wie folgt unterteilt sein muss:

- a) Versicherung von "*Bauwerken und Anlagen, die Gegenstand des Vertrags sind*" in Höhe des Gesamtvertragswerts;
- b) Versicherung von Schäden an "*Vorhandenen Bauwerken und Anlagen*" in Höhe von 20.000.000.= € [*zwanzig Millionen*];
- c) Versicherung gegen "*Abbruchs- und Räumungskosten*" in Höhe von 2.000.000.=. € [*zwei Millionen*];
- d) "*Haftpflichtversicherung gegen Schäden an Dritten*" in Höhe von 1.811.822.= € [*eine Million achthundertelftausendachthundertzweiundzwanzig*];

### **4. Haftpflichtversicherung zum Schutz vor Schäden an Dritten infolge der Tiefgaragenbewirtschaftung**

Der Konzessionsinhaber schließt bei führenden Versicherungsinstituten folgende Police ab, die während der gesamten Zeit der Dienstleistungserbringung aktiv bleiben muss:

- a) Haftpflichtversicherung gegenüber Dritten und/oder Arbeitnehmern zur Deckung des Risikos von Schäden, die Dritte und/oder Arbeitnehmer während der Tiefgaragenbewirtschaftung erleiden könnten. Die jährliche Versicherungssumme je Schadensfall muss mindestens 1.000.000.= € [*eine Million*] betragen. Der Versicherungsvertrag muss eine Klausel über die Versicherung gegenseitiger Ansprüche der Versicherten enthalten und auch grobe Fahrlässigkeit abdecken. Die Möglichkeit des Rückgriffs auf den Konzessionsgeber muss ausdrücklich ausgeschlossen werden.

### **5. Schadenspolice mit zehnjähriger Laufzeit [Artikel 103 Absatz 8 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F.].**

Der Konzessionsinhaber ist verpflichtet, mit Wirkung ab dem Tag der Ausstellung der vorläufigen Abnahmebescheinigung bzw. in jedem Fall nach Ablauf von zwölf Monaten ab dem bescheinigten Bauende folgende Policen abzuschließen:

a) Eine Schadenspolice mit zehnjähriger Laufzeit zur Deckung des Risikos einer vollständigen oder teilweisen Zerstörung des Bauwerks bzw. des Risikos schwerwiegender Baumängel oder Abdichtungsmängel. Die Versicherung muss eine Klausel enthalten, wonach der Stadtverwaltung die vertraglich zugesicherte Entschädigung auf deren Anfrage hin ausbezahlt wird, auch für den Fall, dass die Prüfung der Haftungsfrage noch nicht abgeschlossen ist, und ohne dass hierfür eine Einwilligung oder Ermächtigung benötigt wird. Die Versicherungssumme der zehnjährigen Police darf nicht weniger als zwanzig Prozent des Werts des errichteten Bauwerks und nicht mehr als 40 [vierzig] Prozent betragen, unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit angesichts der Art des Bauwerks.

b) Eine Haftpflichtversicherung mit zehnjähriger Laufzeit zur Deckung von Schäden an Dritten aufgrund der obgenannten Arbeiten mit Wirkung ab dem Tag der Ausstellung der vorläufigen Abnahmebescheinigung, wobei die Entschädigungssumme 5% [fünf Prozent] des Werts des geschaffenen Bauwerks und einen Mindestbetrag von 500.000.= € [fünfhunderttausend] sowie einen Höchstbetrag von 5.000.000.= € [fünf Millionen] betragen muss.

Es besteht die Möglichkeit, im Zuge der Verhandlungen mit Blick auf weitere Versicherungen und/oder bestimmte Vorgaben zu den Versicherungssummen ein für den Konzessionsgeber vorteilhafteres Angebot zu unterbreiten, zwecks Wahrung der Interessen des Konzessionsgebers.

#### Art. 15

### ÖFFNUNGSZEITEN

Die Nutzung der gebührenpflichtigen Stellplätze der Tiefgarage muss täglich, auch an Feiertagen, mindestens von 7.00 Uhr bis 23.00 Uhr gewährleistet sein.

Mit Blick auf die Öffnungszeiten besteht die Möglichkeit, im Zuge der Verhandlungen ein für den Konzessionsgeber vorteilhafteres Angebot zu unterbreiten.

#### Art. 16

### PARKGEBÜHREN

Der vom Konzessionsinhaber erstellte Parkgebührenkatalog für die Nutzung der öffentlichen Stellplätze in den Geschossen -1, -2 und -3 muss für mindestens 50 [fünfzig] Stellplätze, jedoch ohne Stellplatzreservierung, mindestens folgende

Abonnementmöglichkeit enthalten: Abonnement für Anwohner, die in einem Radius von 500 [fünfhundert] Metern rund um die Tiefgarage ansässig sind, zum Preis von monatlich höchstens 80.= [achtzig] € inkl. MwSt. pro Fahrzeug.

Alle Parkgebühren, die der Konzessionsinhaber über die von der Stadtverwaltung festgelegte Mindestvorgabe hinaus zu erheben gedenkt, müssen im Vereinbarungsentwurf des Wirtschaftsteilnehmers detailliert beschrieben und mit dem Wirtschafts- und Finanzierungsplan vereinbar sein.

Mit Blick auf den Parkgebührenkatalog besteht die Möglichkeit, im Zuge der Verhandlungen ein für den Konzessionsgeber vorteilhafteres Angebot zu unterbreiten.

#### Art. 17

### **ANPASSUNG DER PARKGEBÜHREN**

Ändern sich aus irgendeinem Grund die Mehrwertsteuersätze, die auf die Gebühren nach Artikel 16 anzuwenden sind, müssen die Gebühren nach oben bzw. unten angepasst werden, um die Ausgewogenheit des vom Konzessionsinhaber erstellten Wirtschafts- und Finanzierungsplans nicht zu gefährden. Eine Gebührenerhöhung ist in Absprache mit dem Konzessionsgeber auch aufgrund eines hochwertigeren und/oder umfangreicheren Leistungsangebots, aufgrund zusätzlicher Investitionen oder aus anderen gerechtfertigten Gründen zulässig.

Darüber hinaus kann der Konzessionsinhaber die zu Beginn der Bewirtschaftung festgelegten Gebühren ab dem 13. [dreizehnten] Monat nach Bewirtschaftungsbeginn jedes Jahr im Ausmaß des Anstiegs der Lebenshaltungskosten, der vom Landesstatistikinstitut ASTAT auf der Grundlage der 12 [zwölf] vorangehenden Monate berechnet wird, anpassen.

#### Art. 18

### **INSTANDHALTUNGSPFLICHTEN**

Der Konzessionsinhaber sorgt während der gesamten Laufzeit der Konzession auf eigene Veranlassung und Kosten für die ordentliche und außerordentliche Instandhaltung des Baukörpers (einschließlich der Böden) und der eingebauten Apparaturen/Geräte/Anlagen (beispielhaft dafür: Videoanlage, Einfahrts- und Ausfahrtsschranken, Parkuhren, Parkscheinautomaten, Ampeln, Brandschutzanlage einschließlich der Feuerlöschgeräte, Heiz-, Elektro- und Beleuchtungsanlage, Fahrstühle) sowie der Verkehrsmarkierungen und -schilder und/oder der Informationszeichen. Die Instandhaltung ist nach dem Wartungsplan durchzuführen, der dem Ausführungsprojekt als Anlage beiliegt und vom Konzessionsinhaber angepasst und ergänzt werden muss.

## **UNTERFLURRECHT**

### **1. Konzession des Unterflurrechts für den Bau der 3 unteren Tiefgaragengeschosse**

Mit Unterzeichnung der Vereinbarung gewährt die Stadtgemeinde Bozen dem Konzessionsinhaber das Unterflurrecht an den 3 letzten Tiefgaragengeschossen (Etagen -4, -5 und -6) an den Konzessionsinhaber, der das Eigentum daran erwirbt. Für diesen Bereich der baulichen Anlage wird unterirdisch eine Bauparzelle gebildet, die in materielle Anteile eingeteilt wird. Die technischen Unterlagen für die Bildung einer unterirdischen Bauparzelle und für die Einteilung derselben in materielle Anteile werden auf Veranlassung und Kosten des Konzessionsinhabers erstellt. Dieser übernimmt sämtliche Kosten und Obliegenheiten für das Zustandekommen der Unterflurrechtskonzession, auch die Register-, Hypotheken- und Katastergebühr.

### **2. Laufzeit der Unterflurrechtskonzession**

Das Unterflurrecht wird für einen Zeitraum von 90 [*neunzig*] Jahren gewährt, gerechnet ab dem Tag des Vereinbarungsabschlusses. Nach Ablauf dieses Zeitraumes geht das Eigentum am Bauwerk (Gebäude und Anlagen) auf die Stadtgemeinde Bozen als Grundstückseigentümerin über, ohne dass diese zur Leistung von Zahlungen oder Vornahme von Ersatzleistungen verpflichtet wäre.

Nach dem Erlöschen der Unterflurrechtskonzession werden die errichteten Bauten und Anlagen dem Konzessionsgeber in einem guten Funktions- und Betriebszustand übergeben.

Der Wartungs- und Erhaltungszustand der Bauten und Anlagen wird in einer Niederschrift festgehalten, die im kontradiktorischen Austausch mit den einzelnen Eigentümern erstellt wird.

Die Stadtgemeinde Bozen behält sich das Recht vor, die 3 [*drei*] letzten Tiefgaragengeschosse während der Laufzeit der Konzession und nach Unterrichtung des Verwalters der Eigentümergemeinschaft zu betreten, um sich einen Überblick über den Erhaltungs- und Wartungszustand sowie über die Verwaltung der Immobilie und der Gemeinschaftsbereiche zu verschaffen. Der Konzessionsinhaber verpflichtet sich dafür zu sorgen, dass in diesen Bereichen die Zweckbestimmung „Parkplatz für Fahrzeuge“ eingehalten wird.

### **3. Gegenwert der Unterflurrechtskonzession**

Der Wert des eingeräumten Unterflurrechts beläuft sich auf 970.810,98.= € [*neunhundredsiebzigtausendachthundertzehn Komma achtundneunzig*] und ergänzt die öffentliche Finanzierung, die die Stadtgemeinde Bozen dem Konzessionsinhaber

für den Bau und die Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze gewährt, da dieser dem Konzessionsgeber nicht bezahlt werden muss.

Aus buchhalterischen und steuerlichen Gründen wird der Wert des eingeräumten Unterflurrechts in der Vereinbarung über die Konzession des Unterflurrechts ausdrücklich getrennt angeführt.

#### **4. Zuweisung der PKW-Garagen und Motorradstellplätze – Anteil der Garagenboxen und Motorradstellplätze, die als Zubehör von Wohneinheiten auszuweisen sind, und Anteil der Garagenboxen und Motorradstellplätze, die als Zubehör von Liegenschaftseinheiten für Dienstleistungs- und Handelstätigkeiten auszuweisen sind**

Die Garagenboxen und Motorradstellplätze, die jeweils materielle Anteile der drei letzten Tiefgaragengeschosse sind, können nur an Eigentümer von Wohneinheiten und von Einheiten für Dienstleistungs- und Handelstätigkeiten abgetreten werden, die sich in Gebäuden in einem Radius von 500 *[fünfhundert]* Metern rund um den Parkplatz befinden.

Welche Flächen in diesen Radius fallen, ist aus dem Lageplan ersichtlich, der der Vereinbarung als Anlage beiliegt.

70% *[siebzig Prozent]* der Garagenboxen und Motorradstellplätze sind Eigentümern von Wohneinheiten vorbehalten, während die restlichen 30% *[dreißig Prozent]* für Eigentümer von Immobilieneinheiten reserviert sind, die an Dienstleistungs- oder Handelstätigkeiten gebunden sind.

Damit sichergestellt ist, dass möglichst viele anspruchsberechtigte Eigentümer eine Garagenbox oder einen Motorradstellplatz erhalten, dürfen der Konzessionsinhaber und die künftigen Rechtsnachfolger jeder Liegenschaftseinheit nicht mehr als 1 *[eine]* Garagenbox und/oder 1 *[einen]* Motorradstellplatz abtreten. Jedem Eigentümer einer Liegenschaftseinheit darf 1 *[eine]* Garagenbox und 1 *[ein]* Motorradstellplatz zugewiesen werden.

#### **5. Pflicht zur Anmerkung des Zubehörs**

Die Abtretung der Garagenboxen erfolgt unter der Voraussetzung, dass der Käufer, der die vorgenannten Anforderungen erfüllen muss, die Zubehörsbindung zwischen der Garagenbox und/oder dem Motorradstellplatz und der Liegenschaftseinheit herstellt und einen entsprechenden Kaufvertrag unterschreibt.

Die Zubehörsbindung zwischen der Liegenschaftseinheit und der Garagenbox und/oder dem Motorradstellplatz muss im Grundbuch angemerkt werden.

Im Sinne von Art. 40-bis des LG Nr. 9/2018 darf das Eigentum an der Garagenbox nicht getrennt von der Liegenschaftseinheit, zu der die Zubehörsbindung besteht, übertragen werden. Entsprechende Abtretungsurkunden sind nichtig.

#### **6. Pflicht zur Bildung einer Eigentümergemeinschaft**



Die Käufer der materiellen Anteile, die infolge der Unterflurrechtskonzession geschaffen wurden, müssen sich zu einer Eigentümergemeinschaft zusammenschließen.

Die Eigentümergemeinschaft tritt in alle aktiven und passiven Rechtsverhältnisse des Konzessionsinhabers ein, der die Vereinbarung unterschrieben hat, und haftet unmittelbar gegenüber der Stadtverwaltung und/oder gegenüber Dritten für Schäden, die auf eine nicht sachgemäße und nicht regelmäßige Wartung und Beaufsichtigung der Gemeinschaftsflächen zurückzuführen sind.

Die Eigentümergemeinschaft muss alle ordentlichen und außerordentlichen Instandhaltungsarbeiten durchführen und die Anlagen austauschen, um die Funktionstüchtigkeit der Gemeinschaftsbereiche auf den Tiefgaragengeschoßen -4, -5 und -6 sicherzustellen.

## **7. Miteigentumsordnung**

Vor Abtretung der einzelnen Garagenboxen hat der Konzessionsinhaber eine Miteigentumsordnung zu verfassen, die mit der Stadtgemeinde Bozen als Eigentümerin der 3 oberen Garagengeschosse abgestimmt werden muss. Die Miteigentumsordnung muss dem jeweiligen Vertrag, mit dem ein materieller Anteil auf den Geschossen -4, -5 und -6 abgetreten wird, beigelegt werden.

Die Miteigentumsordnung enthält Angaben zur Aufteilung der Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Gemeinschaftsbereiche der Geschosse -4, -5 und -6 sowie zur Höhe des Anteils, mit dem sich die Eigentümer der privaten materiellen Anteile an den Betriebskosten sowie an den Kosten für die ordentliche und außerordentliche Instandhaltung des öffentlichen Teils der Parkgarage (Geschosse -1, -2 und -3), der mit den erforderlichen Dienstbarkeiten und Nutzungsrechten ausgestattet oder belastet wird, beteiligen.

## **8. Anteilige Übernahme der Betriebskosten sowie der Kosten für die ordentliche und außerordentliche Instandhaltung der Gemeinschaftsbereiche und der mit einer Dienstbarkeit oder einem Nutzungsrecht belasteten Bereiche durch die Eigentümer der materiellen Anteile**

Die Eigentümer von materiellen Anteilen auf den Geschossen -4, -5 und -6 sind verpflichtet, sich anteilig an den Betriebskosten und an den Kosten für die ordentliche und außerordentliche Instandhaltung der Gemeinschaftsteile des Gebäudes und jener Bereiche der Parkgarage, die im Eigentum der Stadtgemeinde Bozen und mit einer Dienstbarkeit oder einem Nutzungsrecht ausgestattet oder belastet sind, zu beteiligen. Die Beteiligung erfolgt anhand entsprechender Tausendsteltabellen, die ausgehend von den Eigentumsanteilen, von bestehenden nachrangigen Rechten und vom Nutzungsumfang erstellt werden.

## **9. Widerruf der Unterflurrechtskonzession**

Die Stadtgemeinde Bozen behält sich vor, die Konzession des Unterflurrechts bei zweckentfremdeter Nutzung der Gargenbox oder des Motorradstellplatzes und grundsätzlich immer dann, wenn die Verwendung mit der eigentlichen Zwecksbestimmung unvereinbar ist, zu widerrufen.

### **Art. 20**

#### **REVENUE SHARING**

Der Verkauf der Garagenboxen durch den Konzessionsinhaber zu einem Preis von über 35.000.= € [fünfunddreißigtausend] ohne MwSt. wird von den Vertragsparteien als eine extra Rentabilität der Konzession betrachtet.

Ergibt sich der Fall einer wie oben beschriebenen übermäßigen Rentabilität der Konzession, steht dem Konzessionsgeber ein Anteil in Höhe von .....% [..... Prozent] an der über das Höchstmaß von 35.000.= € [fünfunddreißigtausend] ohne MwSt. hinausgehenden Summe für den Verkauf eines jeden Autostellplatzes zu.

Der genannte Prozentsatz muss Gegenstand des Vorschlags im Zuge der Verhandlungen sein.

### **Art. 21**

#### **RISIKOMATRIX**

Der vom Wirtschaftsteilnehmer vorzulegende Vereinbarungsentwurf muss die Aufteilung des Risikos zwischen Konzessionsgeber und Konzessionsinhaber vor dem Hintergrund der Risikomatrix, die diesem Dokument beiliegt, widerspiegeln.

Die Risikomatrix gibt an, welche Risiken der Konzessionsinhaber trägt und welche beim Konzessionsgeber verbleiben; letztere können zu einer Adjustierung des Wirtschafts- und Finanzplans führen.

### **Art. 22**

#### **GLEICHGEWICHT UND ADJUSTIERUNG DES WIRTSCHAFTS- UND FINANZIERUNGSPLANES**

Das wirtschaftliche und finanzielle Gleichgewicht der Konzession wird durch die Indikatoren ausgedrückt:

- Nettogegenwartswert (VAN)
- Interner Zinsfuß (TIR)

auf Projekt- oder Aktionärssebene berechnet.

- Debt Service Cover Ratio (DSCR).

Der Konzessionsinhaber kann eine Adjustierung des Wirtschafts- und Finanzplanes beantragen, wenn einer der folgenden in der Risikomatrix beschriebenen Fälle eintritt:

- in Fällen von Höherer Gewalt, durch die die Bau- und Bewirtschaftungsphase der Tiefgarage unterbrochen wird,
- bei zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrages unvorhersehbaren Änderungen an den einschlägigen Gesetzen und/oder Bestimmungen, die sich auf die Bau- und Bewirtschaftungsphase auswirken,
- Anfragen von Varianten in der Bauphase und/oder von Tarifänderungen und/oder von Änderungen des Dienstangebotes und Erbringung der Leistung durch den Konzessionsgeber, welche sich auf das Gleichgewicht des Wirtschafts- und Finanzplanes (WFP) auswirken,
- .....

Der Zweck der Revision des Wirtschafts- und Finanzplans (WFP) ist die Wiederherstellung der Indikatoren des wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichts, innerhalb der Grenzen dessen, was notwendig ist, um die Auswirkungen der Ereignisse, die Anlass zur Revision gaben, zu neutralisieren.

Die Revision muss in jedem Fall sicherstellen, dass die Risiken, wie sie in der Risikomatrix angeführt sind, beim Konzessionsinhaber verbleiben.

Die Einführung weiterer Hypothesen zur Adjustierung des Wirtschafts- und Finanzplans kann Gegenstand des Vorschlags im Zuge der Verhandlungen sein.

Die Festlegung objektiver Kriterien, an die die Aktivierung des Verfahrens zur Adjustierung des Wirtschafts- und Finanzplans geknüpft werden soll, kann Gegenstand des Vorschlags im Zuge der Verhandlungen sein.

#### Art. 23

#### **VERTRAULICHKEIT**

Es obliegt dem Konzessionsinhaber, gegenüber der Stadtverwaltung das Bestehen von Gründen vorzubringen, die der Offenlegung von Daten entgegenstehen. Dazu zählt, dass die Offenlegung gesetzeswidrig sein oder die Interessen des Konzessionsinhabers schädigen oder generell wettbewerbsschädigend sein könnte.

#### Art. 24

#### **AUFHEBUNG WEGEN DES VERHALTENS ODER WEGEN NICHTERFÜLLUNG VON SEITEN DES KONZESSIONSINHABERS**

Der Konzessionsgeber kann die Aufhebung der Konzession verlangen, wenn einer der im Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. vorgesehenen Fälle eintritt.

Die Parteien sind sich der Komplexität des Konzessionsverfahrens bewusst und nehmen zur Kenntnis, dass die Wiedererwirtschaftung der Investition durch den Konzessionsinhaber mit dem natürlichen Zeitablauf dieser Konzession nach Artikel 3 zusammenfällt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Art. 176 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. vereinbaren die Parteien auch vor dem Hintergrund des vorgenannten Sachverhaltes, dass der Konzessionsgeber es im Sinne und mit Wirkung dieses Artikels als schwerwiegende Nichterfüllung der vorliegenden Konzession betrachten kann:

- a) wenn es zu schwerwiegenden Verzögerungen bei der Fertigstellung der öffentlichen Bauwerke kommt;
- b) wenn eine der Voraussetzungen nach Artikel 108 des Gv.D. Nr. 50/2016 i.g.F. eintritt;
- c) wenn die Summe der Vertragsstrafen, die im Zuge der Bewirtschaftung zu entrichten sind, 10% [zehn Prozent] der jährlichen Betriebskosten der Dienstleistungen übersteigt.

Im Falle einer Aufhebung der Konzession hat der Konzessionsinhaber Anspruch auf die Bezahlung der von ihm ordnungsgemäß durchgeführten Arbeiten abzüglich der Zusatzkosten, die dem Konzessionsgeber infolge der Aufhebung der Konzession erwachsen.

Um die Aufhebung der Konzession zu erwirken, fordert der Konzessionsgeber den Konzessionsinhaber zunächst schriftlich auf, die ihm obliegenden Pflichten innerhalb von 30 [dreißig] Tagen ab Aufforderung bzw. innerhalb eines großzügigeren Zeitraumes zu erfüllen.

Werden die beanstandeten Sachverhalte, die zu einer Vertragsaufhebung führen können, vom Konzessionsinhaber innerhalb der in der besagten Mitteilung gesetzten Erfüllungsfrist nicht zur Zufriedenheit des Konzessionsgebers richtiggestellt, oder hält der Konzessionsgeber die Stellungnahmen des Konzessionsinhabers für nicht ausreichend, erklärt er die Konzession für aufgehoben.

Bei Aufhebung der Konzession wegen des Verhaltens oder wegen Nichterfüllung des Konzessionsinhabers hat dieser geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um einen noch größeren Schaden abzuwenden, und dem Konzessionsgeber die Bauwerke, die Gegenstand der Konzession sind, auf dessen Antrag hin zurückzugeben.

In allen Fällen von Konzessionsaufhebung wegen des Verhaltens oder wegen Nichterfüllung des Konzessionsinhabers erlischt das Unterflurrecht, ohne dass dem Konzessionsgeber daraus Verpflichtungen erwachsen.

Art. 25

**AUFHEBUNG WEGEN NICHTERFÜLLUNG VON SEITEN DES  
KONZESSIONSGEBERS**

Macht sich der Konzessionsgeber einer schwerwiegenden Nichterfüllung der Vereinbarungspflichten schuldig, kann der Konzessionsinhaber nach Abschluss des Beanstandungsverfahrens und sofern die Nichterfüllung nach einer weiteren Beanstandung weiterbesteht, die Aufhebung der Vereinbarung nach Artikel 1453 des Zivilgesetzbuches verlangen.

Art. 26

**GERICHTSSTAND**

Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten in Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ist das Landesgericht Bozen. Die Anrufung von Schiedsgerichten oder der Mediationsstelle der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen ist ausgeschlossen.

Art. 27

**DOMIZIL DER PARTEIEN**

Die Stadtverwaltung hat ihr Domizil im Rathaus von Bozen, Rathausplatz 5. Der Konzessionsinhaber muss als Domizil eine Anschrift in Bozen wählen. Die Stadtgemeinde Bozen nutzt diese Anschrift für sämtliche Mitteilungen und Zustellungen im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung. Die Verpflichtung zur Wahl eines Domizils gilt auch als erfüllt, wenn der Wirtschaftsteilnehmer den Konzessionsgeber ermächtigt, sämtliche Mitteilungen zur Vergabe an eine zertifizierte Mailadresse (PEC-Mail) zu schicken.

Art. 28

**VERTRAGSKOSTEN**

Der Konzessionsinhaber übernimmt sämtliche Kosten, die mit der Konzession verbunden sind oder damit einhergehen, sowie die Stempelgebühren und etwaige Registrierungskosten. Die Konzession wird in verwaltungsrechtlicher öffentlicher Form abgeschlossen werden.

Der Konzessionsinhaber übernimmt sämtliche Kosten und Obliegenheiten für das Zustandekommen der Unterflurrechtskonzession, auch die Register-, Hypotheken- und Katastergebühr.

**Anlagen:**

1.1 - Risikomatrix